



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen e.V.
United Nations Association of Germany

BLAUE REIHE Nr. 117

Blickpunkt Südafrika

Südafrika 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid
Wohin steuert die Republik am Kap der Guten Hoffnung?

Mit Beiträgen von Prof. em. Dr. Robert Kappel,
Dr. Heinrich Matthee, Dr. Martin Pabst,
Dr. Klaus von der Ropp und Renate Wilke-Launer

Dokumentationen · Informationen · Meinungen

Blaue Reihe

Herausgeber:
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR
DIE VEREINTEN NATIONEN e.V.

Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel: (030) 259375-0
Fax: (030) 25937529
E-Mail: info@dgvn.de
Web: www.dgvn.de



BLAUE REIHE Nr. 117

Blickpunkt Südafrika

Südafrika 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid
Wohin steuert die Republik am Kap der Guten Hoffnung?

Mit Beiträgen von Prof. em. Dr. Robert Kappel,
Dr. Heinrich Matthee, Dr. Martin Pabst,
Dr. Klaus von der Ropp und Renate Wilke-Launer

ISSN 1614-547X

Impressum

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel: (030) 259375-0
Fax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Web: www.dgvn.de

Redaktion: Dr. Martin Pabst, Moritz Leibinger

Berlin, 2019
ISSN 1614-547X

SCHUTZGEBÜHR: 2,50 €

Inhalt

Impressum	2
Zum Geleit	4
Südafrika und die Vereinten Nationen – Ein Rückblick auf die Jahre 1945 bis 1994.....	6
25 Jahre „Neues Südafrika“ – Bilanz und Ausblick.....	38
Südafrika schlittert noch weiter in die soziale und wirtschaftliche Krise	54
Der Niedergang des demokratischen Südafrika. Ein deutscher Beitrag	60
South Africa’s multipolar future and the ANC’s hybrid regime	71
Verfasserinnen und Verfasser	87

Der Niedergang des demokratischen Südafrika. Ein deutscher Beitrag¹⁸⁷

von Klaus von der Ropp

„And replace it with what?“

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt am 21. Mai 1977 im Gespräch mit dem damaligen US-Vizepräsidenten Walter Mondale, der geäußert hatte, der Westen müsse alles in seiner Macht Stehende tun, um Pretoria zu zwingen, seine Politik der Apartheid aufzugeben

1. Apartheid – Südafrika: vom Regionalkonflikt zum Weltbrand?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben nur wenige Konflikte die internationale Staatengemeinschaft so intensiv beschäftigt wie das Ringen um die künftige Herrschaftsform Südafrikas (und Namibias). Erinnerung sei hier nur an die mit zunehmender Schärfe geführten alljährlichen Debatten der VN-Generalversammlung und die für die westliche Welt immer brenzlicher werdenden Streitereien im VN-Sicherheitsrat. Die letzteren blieben allerdings immer ohne Ergebnis, da westliche Staaten, in der Regel die USA und/oder Großbritannien, die Verurteilung des in Pretoria herrschenden rassistischen Regimes durch Einlegung ihres Vetos verhinderten. Denn groß war in der westlichen Welt die Sorge, das rohstoffreiche und damals mit gut ausgerüsteten See- und Flughäfen bestückte Land könnte in den von der Sowjetunion beherrschten östlichen Herrschaftsbereich fallen. So war die Sorge berechtigt, das von der übergroßen schwarzen Mehrheit beherrschte neue Südafrika könnte sich mit dem seit 1980 freien Simbabwe und eben der Sowjetunion bei für die westliche Rüstungsindustrie (Stahlveredler) wichtigen Rohstoffen zu Kartellen nach dem Vorbild der OPEC zusammenschließen. Daher vertrat kein Geringerer als der führende deutsche Außen- und Sicherheitspolitiker Egon Bahr in einem Zeitungsinterview die These, der Südafrikakonflikt könne ständig zu einem dritten Weltkrieg führen, wenn es nicht gelänge, ihn durch Verhandlungen beizulegen.¹⁸⁸

Ihren größten diplomatischen Erfolg erreichten die von VN als solche anerkannten südafrikanischen Befreiungsbewegungen, allen voran der seit Mai 1994 regierende African National Congress (ANC) und der noch militantere Pan Africanist Congress (PAC), als die VN-

¹⁸⁷ Der Beitrag fußt weitgehend auf zwei älteren Aufsätzen des Verfassers: Die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland. In: Ulrich van der Heyden, Gerd Rüdiger Stephan (Hg.): Deutsch-südafrikanische Beziehungen. DDR – Bundesrepublik – Vereintes Deutschland, Potsdam 2009, S. 56-76; Ist das südafrikanische Wunder gescheitert? Eine deutsche Sicht. In: Michael Eckardt (Hg.): Mission Afrika. Geschichtsschreibung über Grenzen hinweg. Festschrift für Ulrich van der Heyden (= Missionsgeschichtliches Archiv; Band 29), Berlin 2019, S. 387-400.

¹⁸⁸ Ohne Verhandlungslösung ist die Gefahr des dritten Weltkrieges ständig gegenwärtig, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 10. Juli 1977, S. 8.

Generalversammlung am 30. November 1973 mit einer sehr großen Mehrheit die „Internationale Konvention zur Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid“ verabschiedete.

So verstand sich von selbst, dass das federführende Großbritannien¹⁸⁹ und, London folgend, die USA, mit Ende des Kalten Krieges mit professioneller Diplomatie daran gingen, die bislang in Pretoria herrschenden weißen Afrikaner zu zwingen, das in 350 Jahren gewachsene Apartheid-Regime aufzugeben und mit den bislang verbotenen Befreiungsbewegungen eine neue Form staatlichen Herrschens auszuhandeln. Entscheidend war für die Regierung von Margaret Thatcher, dass die Sowjets seit der Wahl von Michail S. Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU (1985) nicht länger auf einer revolutionären Machtumkehr in Pretoria bestanden. Dass Pretoria, jetzt vornehmlich durch Washington mit härtesten Wirtschaftssanktionen bedroht, sich in den späten 1980er Jahren den jetzt britisch-amerikanisch-sowjetischen Initiativen nicht länger widersetzte, zeichnete sich bereits ab, als Ende 1989 der altersstarke Staatspräsident P. W. Botha durch F.W. de Klerk an der Spitze des südafrikanischen Staates abgelöst wurde. De Klerk war ein ausgeprägt konservativer, aber nicht reaktionärer Politiker.

2. Das Versagen Deutschlands als Mittler

Die Folgen waren die Legalisierung des jetzt von der Sowjetunion im Stich gelassenen ANC und der ihm eng verbundenen South African Communist Party (SACP), des PAC und weiterer Organisationen des ganz überwiegend schwarzen Widerstandes, die Freilassung Nelson Mandelas und der anderen noch inhaftierten politischen Gefangenen und im Dezember 1991 die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, genannt Congress for a democratic South Africa (Codesa). An ihr nahm außer der Regierung de Klerk und dem ANC eine große Zahl kleinerer, manchmal bedeutungsloser Parteien teil. Die Verhandlungen dauerten etwa zwei Jahre. Für sie war zweierlei charakteristisch: Der ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa, seit Anfang 2018 südafrikanischer Staatspräsident, war der alles beherrschende und alle anderen Akteure überragende Unterhändler. Turmhoch war er etwa seinen auf Verhandlungen nicht vorbereiteten Gegenspielern um de Klerk überlegen. So konzentrierte sich de Klerk nach dem Scheitern seiner ersten Ehe selbst während der Verhandlungen auf die Neuordnung seines Familienlebens. Die Rolle de Klerks war umso jämmerlicher, als er von dem von 1987 bis 1991 amtierenden britischen Botschafter Sir Robin Renwick („Sir Robin – His Excellent Excellency“) in die Verhandlungen mit der anderen Seite getrieben werden musste.

Aus deutscher Perspektive ist zu ergänzen, dass deutsche Diplomaten, Parlamentarier, Vertreter der Kirchen sowie der politischen Stiftungen und weiterer NROs jetzt wieder als Berater auftreten konnten. Zuvor war das nicht der Fall. Denn London und Washington hatten die Bundesregierung am 17. Oktober 1978 bei einer von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher initiierten Namibia-/Südafrika-Konferenz in Pretoria von den entsprechenden Verhandlungsprozessen auf lange Jahre ausgeschlossen. Zuvor hatte der

¹⁸⁹ Die Federführung Londons war Folge der Tatsache, dass Ende der 1980er Jahre noch zwischen 750.000 und 1.000.000 britische Staatangehörige in Südafrika lebten. Auch verfügte Großbritannien vor allem in den Bergbau- und Bankensektoren über sehr erhebliche Investitionen. Schließlich hatten London und Washington die Sorge, die in Südafrika damals vorhandenen sechs fertiggestellten und eine weitere noch im Bau befindliche Nuklearwaffe vom Typ Hiroshima könnten in die „falschen“ Hände fallen.

südafrikanische Außenminister Roelof Botha ihn schallend ausgelacht! Nie wird sich klären lassen, ob London und Pretoria ihre Politik vor dem 17. Oktober 1978 abgestimmt hatten. Das erscheint allerdings sehr wahrscheinlich, da sich beide Regierungen an der dilettantisch-opportunistischen Politik der Bonner Regierung störten.¹⁹⁰

Deren Versagen hatte ausschließlich innenpolitische Gründe: Als Genscher 1974 vom Bonner Innenministerium in das Außenamt wechselte, waren ihm die Politikbereiche Außen- und Sicherheitspolitik völlig fremd. Zudem diente er mit Helmut Schmidt einem Bundeskanzler, der als Außen- und Sicherheitspolitiker weltweites Ansehen genoss. So gestaltete Schmidt, nicht Genscher, während seiner Amtszeit (1974-1982) die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Für seinen Außenminister blieb, was ihn selbst langweilte, das waren vor allem Fragen Sub-Sahara-Afrikas und die VN. Wenig hilfreich war, dass Genscher sich in seinen Anstrengungen, die rassistischen Ordnungen in äußersten Süden Afrikas zu überwinden, in seinem Ministerium nahezu ausschließlich von solchen Beamten, wie z.B. Günter Verheugen, beraten ließ, die Südafrika und Namibia aus eigener Anschauung nicht (!) kannten. Mit dem Bonner Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 erfuhren dann Genschers Positionen eine Stärkung. Denn der neu ins Amt gewählte Bundeskanzler Helmut Kohl verzichtete in der 1980er Jahren darauf, die Richtlinien der Bonner Außen- und Sicherheitspolitik zu bestimmen. Das war der Preis, den er für die Wahl zum Bonner Regierungschef an seinen Außenminister zu zahlen hatte.

3. German Verfassungsrecht under the Southern Cross

Allerdings war die Rolle eigentlich aller deutschen Berater, die jetzt zum Zuge kamen, eher destruktiv, da sie sich darauf beschränkten, den Südafrikanern die Übernahme des deutschen Grundgesetzes samt dessen politisch-rechtlichem Unterbau zu empfehlen. Nie wurde von den Deutschen die sich doch aufdrängende Frage gestellt, ob die deutsche Verfassung, die jüngste und daher modernste ihrer Art, sich auf einen Staat eines völlig anderen Kulturraums übertragen lasse. Noch dazu, sehr anders als Deutschland nach 1945, auf einen Staat ohne jede rechtsstaatliche und demokratische Kultur. Einzelne deutsche Berater gingen soweit, die schlicht unsinnige These zu vertreten „You can legislate democracy into existence“. So wurde in der Tat, um den südafrikanischen Verfassungsrechtler L. M. du Plessis zu zitieren, „German Verfassungsrecht under the Southern Cross“ geboren.¹⁹¹

Warnungen kluger Beobachter wie etwa die der hervorragend informierten US-amerikanischen Journalistin Patti Waldmeir, im Interesse der Stabilität des neuen Südafrika

¹⁹⁰ Mit Recht wiesen vor allem die Briten darauf hin, dass Genscher und seine Mitarbeiter die immensen Schwierigkeiten vor allem des in Südafrika zu meisternden Transformationsprozesses gänzlich fremd waren. Detailliert zu dem Versagen der Bonner Politik: Frhr. von der Ropp, Klaus Die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland, in: van der Heyden, Ulrich / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Deutsch-Südafrikanische Beziehungen. DDR-Bundesrepublik-vereintes Deutschland. Potsdam 2009, S. 56-76. So war im britischen Außenministerium nicht nur einmal zu hören „We were not always particularly happy with what Herr Genscher said.“

¹⁹¹ Zu alledem zwei Beiträge: von Robert Lucius: Beraten und Ermüden. Südafrikas Wege zur Verfassungsreform und du Plessis, Lourens Marthinus: German Verfassungsrecht under the Southern Cross. Observations on South African-German Interaction in Constitutional Scholarship in Recent History with particular reference to Constitution-making in South Africa. In: Friedhelm Hufen (Hg.): Verfassungen zwischen Recht und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag für Hans-Peter Schneider Baden-Baden 2008, S. 513-523 bzw. 524-536.

gelte die Erkenntnis, dass „democratic niceties will have to wait“¹⁹², wurden übersehen. Dasselbe galt für die Sorge von keinem Geringeren als Francis Fukuyama, Südafrika laufe Gefahr, sich in seinem künftigen staatlichen Aufbau an den einstigen Lehrmeistern des ANC in der DDR, in Kuba und in der UdSSR zu orientieren¹⁹³. Selbst das Suchen von Egon Bahr nach „einem bislang unbekanntem Modell gleichberechtigtem Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten“¹⁹⁴ blieb in Südafrika und im Ausland ungehört. Gerade die hoch ausgewiesenen Staatsrechtler aus Deutschland hätten doch wissen müssen, dass ihr Land nach dem Ersten Weltkrieg und ein zweites Mal, diesmal mit Erfolg, 1947–49 und 1989/1990 nur unter sehr besonderen Umständen den Weg zur Demokratie zurückgelegt hatte. Aus unerfindlichen Gründen unterblieb das! Es waren offenbar Ideologen am Werk. Das hinderte sie, die Richtigkeit der These des Heidelberger Politikwissenschaftlers Klaus von Beyme zu erkennen, wonach Demokratie nicht gegeben, sondern aufgegeben ist.¹⁹⁵

Aus heutiger Sicht ist festzuhalten, dass die wohlmeinenden Ratschläge aus Deutschland langfristig wohl kaum mehr bewirkten, als dem neuen Südafrika den Weg in die Anarchie zu weisen. Und das, obwohl eine große Zahl deutscher Parlamentarier, Bundes- und Landesbehörden, ungezählte NROs und die Bundeswehr usw. mit enormem Finanzaufwand bemüht waren, in Südafrika das zu wiederholen, was in Deutschland in der Nachkriegszeit unter völlig anderen Umständen gut gelungen war.

Aber nicht nur in Deutschland unterlag man absurden Fehleinschätzungen. Als Beispiel sei nur angeführt, dass damals namhafte US-amerikanische Sicherheitspolitiker vorschlugen, neben Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea auch Südafrika in die NATO aufzunehmen.¹⁹⁶

Zu später Stunde unternahmen es im August 1993 der jetzt federführende US-Botschafter Princeton Nathan Lyman und sein britischer Kollege, Sir Anthony Reeve, seit 1991 der Nachfolger von Renwick, eine fatale Lücke in dem verabschiedeten Verfassungsentwurf auszufüllen. Denn viele afrikaanssprachige Weiße standen dem neuen Südafrika noch ablehnend, ja sogar feindselig gegenüber, da sie mit Recht die Marginalisierung ihrer Sprache und Kultur fürchteten. Lyman und Reeve vermittelten den am 23. April 1994 im Union Building (Pretoria) von dem späteren Staatspräsidenten Thabo Mbeki (im Amt von 1999-2008), dem hochdekorierten Viersternegeneral Constand Viljoen, dem Anführer der konservativen, aber nicht reaktionären weißen Afrikaaner, und dem blassen Chefunterhändler der Regierung de Klerk, Roelf Meyer, unterzeichneten „Accord on Afrikaner Self-Determination“. Formuliert hatten ihn in Zusammenarbeit mit dem Verfasser dieses Beitrages die afrikaansen Dissidenten Van Zyl Slabbert und Breyten Breytenbach. Seine Unterzeichnung wurde, das sei hier eher beiläufig vermerkt, von dem deutschen Botschafter Hans-Christian Ueberschaer und seinem Stab boykottiert. Von dem hochqualifizierten russischen Botschafter in Pretoria Jewgeni Petrovich Gusarov wurde sie hingegen überschwänglich begrüßt.

Obwohl das Abkommen, allerdings in abgeschwächter Form, mit Artikel 235 in die Verfassung des neuen Südafrika aufgenommen wurde, erfolgte keine hinreichende

¹⁹² A long and winding road, in: Financial Times, London 10. September 1993.

¹⁹³ Francis Fukuyama: The Next South Africa, in: The National Interest (Washington) Summer 1991, S. 13-28.

¹⁹⁴ Siehe Anm. 1.

¹⁹⁵ Russland zwischen Anarchie und Autokratie, Wiesbaden, 2001, S.137

¹⁹⁶ Ivo Daalder, James Goldgeier: Global NATO, in: Foreign Affairs September/October, 2006.

Implementierung. Sie scheiterte an der abgrundtiefen Zerstrittenheit des Viljoen-Lagers. Hätten die Unterzeichner des Accord Erfolg gehabt, so wäre wahrscheinlich die Verdrängung¹⁹⁷ des Afrikaans an Universitäten und zunehmend auch an Schulen zu Gunsten des Englischen unterblieben. So aber entstand ein hochgefährlicher weiterer Streitpunkt in einem auf lange Zeit noch höchst fragilen Staat.

4. Demokratische Anfänge

Der große Erfolg der ersten demokratischen Wahlen, die Ende April 1994 mit einem deutlichen Sieg der ANC/SACP/Cosatu (Congress of South African Trade Unions)-Allianz endeten, gaben den zuversichtlichen Beobachtern nur scheinbar Recht. Denn sie übersahen, dass deren Ergebnis nicht an den Urnen ermittelt, sondern von den teilnehmenden Parteien zuvor ausgehandelt worden war¹⁹⁸. Nur so waren die Verlierer dafür zu gewinnen, sich an dem Wahlgang zu beteiligen.

Aus heutiger Sicht grenzt es an ein Wunder, dass ganz wesentliche Elemente der Verfassung des neuen Südafrika bis auf den heutigen Tag fortbestehen. Von großer Bedeutung sind hier u.a. die regelmäßige und offenbar weitgehend korrekte Abhaltung von Parlaments- und sonstigen Wahlen, die bislang einwandfreie Rechtsprechung der Obergerichte und des nach deutschem Vorbild eingerichteten Verfassungsgerichts auch zu politisch heiklen Sachverhalten, der sehr erfolgreiche Fortbestand einer gut funktionierenden Zivilgesellschaft, die Medien- und allgemeine Meinungsfreiheit, ein freies Gewerkschaftswesen etc. Eindrucksvoll hat das der frühere ANC-Aktivist und heutige CEO des Goldförderers Anglo Gold Ashanti, Siphosiso Pityana, im Oktober 2017 in Oxford in seiner Bram-Fischer Memorial Lecture dargestellt¹⁹⁹.

Die Atmosphäre, in der Nelson Mandela im Mai 1994 als Nachfolger von F. W. de Klerk in das Amt des Staatspräsidenten eingeführt wurde, lässt sich nur mit derjenigen vergleichen, die das Leben in Ost und West mit dem Ende des Kalten Krieges kennzeichnete. Südafrika war in einem Zustand der Trance. Apartheid-Südafrika war scheinbar über Nacht zu einer „Regenbogen-Nation“ geworden. Es war zum bevorzugten Partner ausländischer, vielleicht weniger inländischer Investoren geworden. So gründeten deutsche Unternehmen die Südliches Afrika-Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI), um Investitionen in die „Löwenstaaten“ des südlichen Afrika zu locken. Mit diesem Begriff wurde an die „Tigerstaaten“ in Südostasien angeknüpft. Die Wirtschaft wuchs dann, mit wenigen Ausnahmen, bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 kontinuierlich.

Die immensen Probleme der Transformation eines in 350 Jahren gewachsenen rassistischen Regimes, in den letzten 40 Jahren seines Bestehens Apartheid genannt, hin zu einem demokratischen Rechtsstaat wurden aber schlichtweg übersehen. In Deutschland gelang das umso besser, als alle Medien eine entsprechende Südafrika-Berichterstattung einstellten. Man konzentrierte sich stattdessen auf die großen Erfolge u.a. beim Ausbau der

¹⁹⁷ Heinrich Matthee: Taalbelang is stoffeljik belang! – In Südafrika ist die Sprache Afrikaans durch Einheitsenglisch bedroht, in: Deutsche Sprachwelt, Herbst 2016.

¹⁹⁸ Patti Waldmeir, Michael Holman: Spirit of reconciliation sweeps aside letter of vote. The election was deeply flawed, but nearly everyone likes the outcome. In: Financial Times, London 7./8. Mai 1994; „Erste demokratische Wahl war manipuliert“. Spiegel online, 2.12.2003, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/suedafrika-erste-demokratische-wahl-war-manipuliert-a-276377.html> (Zugriff 6.11.2019).

¹⁹⁹ Can South Africa's constitutional democracy be sustained? In: Daily Maverick, 20. October 2017.

Infrastruktur. Nicht selten ließ man sich von ihnen blenden: Tausende von Kilometern inzwischen längst schadhaft gewordener Straßen, vier Millionen oft vom Tag der Fertigstellung an baufällige Sozialwohnungen, die Elektrifizierung von Häusern, deren Bewohner die entsprechenden Kosten häufig nicht aufbringen können, Trinkwasseraufbereitung von nicht selten mangelhafter Qualität, die großzügige Erweiterung von Universitäten und Schulen bei nachlassender Qualität des Unterricht u.a..

5. „South Africa is again at the brink“

Auch im politisch korrekten Deutschland blieben die fatalen Folgen der von der Regierung verfolgten Politik der affirmative action weitgehend unbemerkt. Affirmative action bedeutet bis heute, dass bewährte, oft weiße, im westlichen Kap auch gemischtrassige Mitarbeiter, in der öffentlichen Verwaltung weitgehend, in der privaten Wirtschaft oft weniger rabiät, entlassen und durch nicht qualifizierte schwarze Südafrikaner ersetzt werden. So wurde die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen, eines der existenzbedrohenden Probleme nicht nur dieses afrikanischen Staates, gemindert.

Zugleich gab es mit diesem Wechsel jedoch drastische Leistungseinbrüche. Denn das alte Südafrika hatte kaum Schwarze für anspruchsvollere Aufgaben ausgebildet. Soweit das anders war, hatten jugendliche ANC- und PAC-Aktivisten ihre späteren beruflichen Perspektiven dadurch zerstört, dass sie der Parole „liberation first, education later“ anhängen. Und eines der ganz großen Versäumnisse des Post-Apartheid-Südafrika besteht darin, hier die Chancen eines Neubeginns nicht genutzt zu haben. Es gilt nach wie vor, was die in Apartheidzeiten lange Jahre unter Hausarrest stehende Ärztin und Bürgerrechtlerin Mamphela Ramphele in den zurückliegenden Jahren verschiedentlich feststellte: Das heutige Schulwesen ist (noch) schlechter als dasjenige, für dessen Überwindung bei den Aufständen im Jahr 1976 viele Jugendliche starben. Hier muss der Hinweis genügen, dass das World Economic Forum die Qualität des südafrikanischen Bildungswesens auf Platz 140 von 144 untersuchten Ländern einstufte. Und die Qualität des Unterrichts in Mathematik und Naturwissenschaften gar nur auf den 143. von 144 kam²⁰⁰.

Zurückzuführen ist das nicht auf das Erbe der Apartheid, sondern auf die unter dem Lehrpersonal heute verbreitete Disziplinlosigkeit und den Vandalismus. ANC und Regierung dulden das aus Sorge, andernfalls die Unterstützung von dessen Interessenvertretung, der South African Democratic Teacher`s Union (SADTU), zu verlieren. Eine solche Unterstützung benötigen die Regierenden, da die Gewerkschaftler bei der lokalen Bevölkerung großen Einfluss haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass sehr viele der entlassenen Fachkräfte und/oder ihre Kinder mangels neuer beruflicher Perspektiven in Drittländer auswanderten. So hat Südafrika seit 1994 deutlich mehr als eine Million oft gut ausgebildeter Bürger verloren, mehrheitlich Weiße und Indischstämmige, aber auch viele Schwarze.

Auch in allen anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung fehlen den neuen Stelleninhabern weiterhin in der Regel eine berufsgerechte Ausbildung und einschlägige Berufserfahrung. Das gilt u.a. für die Polizei, das Justizwesen, das Zollwesen, die

²⁰⁰ Mamphela Ramphele: Tell my people that I love them – and they must continue the struggle, University of Johannesburg, Centre for Education Policy Development, Solomon Mahlangu Memorial Lecture, 2012.

Krankenversorgung, die Trinkwasseraufbereitung, die Abwasserentsorgung, das Hochschulwesen und andere Sektoren.

Besonders folgenschwer erweist sich die faktische Abschaffung der Einwanderungskontrollen an vielen Grenzen: Viele Millionen Menschen u.a. aus der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Somalia, Mozambik, Sambia und Pakistan sind nach Südafrika gekommen. Allein aus Simbabwe sind inzwischen um die drei Millionen Migranten Illegal nach Südafrika gelangt. Dort konkurrieren sie mit der einheimischen Bevölkerung um die (noch) vorhandenen Arbeitsplätze. Und das in einem Land, dessen Bevölkerung zu ca. 27% (im engeren Sinn) bzw. ca. 40% (im weiteren Sinn) arbeitslos ist. Unter Jugendlichen ist die Zahl der Arbeitslosen sogar noch ungleich höher. Hier liegen die wesentlichen Ursachen für die schweren fremdenfeindlichen Unruhen, die im September 2019 vor allem die Wirtschaftszentren Johannesburg und (noch mehr) Pretoria erschütterten. Sie können und werden sich jederzeit wiederholen. Aus unerfindlichen Gründen haben fast alle deutschen Medien, mit Ausnahme des in Bonn erscheinenden Fachblatts *afrika süd*, über diese existenzbedrohenden Unruhen nicht berichtet.

In ganzen Regionen Südafrikas findet eine öffentliche Verwaltung kaum noch statt. Nur im ländlichen Raum ist dies dort anders, wo die Verwaltung wie zu Apartheidzeiten weiterhin in den Händen von traditionellen Autoritäten (traditional chiefs) liegt. Das gilt umso mehr, als deren Kompetenzen in der Ära Zuma deutlich erweitert wurden.

Das Ausbleiben öffentlicher Dienstleistungen führt im neuen Südafrika Woche für Woche zu sog. *service delivery stikes*. Die Folge ist eine weitere Brutalisierung der Gesellschaft vor allem in den schwarzen townships. Wo als Folge der faktischen Abschaffung der Polizei keine Ordnung mehr gewährleistet wird, sucht man diese durch private Sicherheitsgesellschaften oder, in den townships, durch Lynchjustiz zu kompensieren.

Andere Ursachen hatten die Studentenunruhen, die vor allem Ende 2016 an wohl allen Universitäten des Landes zu beobachten waren und den Hochschulbetrieb ins Chaos stürzten. Sie weckten Erinnerungen an die chaotischen Zustände während der chinesischen Kulturrevolution in den 1970er Jahren. Unter die revoltierenden Studenten mischten sich häufig Anhänger der militanten Economic Freedom Fighters (EFF). Die EFF sind eine 2014 unter ihrem begabten Führer Julius Malema entstandene Abspaltung vom ANC. Sie fordert die Übernahme des „Simbabweschen Modells“, d.h. des Zerstörungswerks des langjährigen simbabweschen Staatspräsidenten Robert Mugabe. Hierzu sei angemerkt, dass in der Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) Simbabwe zu den fünf afrikanischen Ländern zählt, denen der Staatsbankrott droht.

Ähnliche Forderungen wie heute die EFF vertrat immer schon der mit dem ANC rivalisierende PAC. So sagte der inzwischen verstorbene Arzt und Bürgerrechtler Nthato Motlana in einem Spiegel-Interview „Alles muss zerstört werden“.²⁰¹ Das Programm dieser Gruppierungen lag auch auf der Linie der Anfang 2018 verstorbenen, unter jugendlichen Schwarzen sehr gefolgschaftsstarke früheren Ehefrau des ersten frei gewählten Staatspräsidenten, Winnie Mandela. Nicht unwahrscheinlich ist, dass neben herkömmlichen Kriminellen die EFF für die Ermordung von bald 2.000 ganz überwiegend weißer kommerzieller Farmer durch ihre Rhetoriker indirekt verantwortlich sind.²⁰²

²⁰¹ Der Spiegel (1980) 40, S. 169.

²⁰² Vgl. u.a. Bartholomäus Grill: Wir ziehen in die letzte Schlacht, Die Zeit 9. Februar 2012, S. 15-16. Thilo Thielke: Der blutige Kampf um den Boden, FAZ 5. April 2018. Vgl. damit Benjamin Luig: Die Aufgeschobene Landreform, *afrika süd* (2018) Mai/Juni, S. 16-17.

Die rebellischen Studenten und ihre Verbündeten forderten damals, nicht nur die Studiengebühren, sondern auch alle Examina abzuschaffen²⁰³. Darüber hinaus redeten sie der Abkehr von allen Relikten des vor 1994 in Teilen Südafrikas hochentwickelten Bildungssystems als „Teufelswerk“ das Wort.

Das seit Jahrzehnten renommierte liberale Johannesburger Institute of Race Relations hatte Recht, als es Anfang 2018 einem Flugblatt den Titel gab: „*South Africa is again at the brink*“.

6. Ging alle Gewalt von den Brüdern Gupta aus?

Ausgehend von dem im April 2009 gewählten Staatspräsidenten Jacob Zuma spannte sich seit seinem Amtsantritt ein Netz der Korruption durch Schlüsselministerien, Staatskonzerne, das öffentliche Fernsehen und andere Medien sowie unzählige weitere staatliche Institutionen. Es war ein mit großem Können organisiertes kriminelles Netzwerk zur Plünderung des Staates. Sein Kern war Zuma selbst, enge Familienangehörige, zuvorderst sein Sohn Duduzane, und drei Brüder einer 1993 aus Indien eingewanderten Unternehmerfamilie namens Gupta. Durch die Zusammenfassung beider Familiennamen entstand der Begriff „Zuptagate“. Zusammen mit „kooperierenden“ Ministerien, vornehmlich dem Ministerium für staatliche Unternehmen, dem Finanzministerium sowie der zentrale Steuerbehörde (SARS), bildete das Netzwerk die Spitze einer Parallelregierung.²⁰⁴ Dies war nichts weniger als ein stiller Putsch gegen die verfassungsmäßige Ordnung. „Zuptagate“ ernannte und entließ faktisch diese Minister. Bereits zum Ende der Amtszeit Mbekis, des zweiten demokratisch gewählten Staatspräsidenten, war dieses mafiöse Netzwerk in Erscheinung getreten.

Seit die ebenso fähige wie mutige Ombudsfrau Thuli Madonsela Ende 2016 den Bericht ihrer Behörde unter dem Titel „State Capture“ veröffentlichte, wurde „Zuptagate“ zum alles beherrschenden Thema. Auch schwarze Journalisten berichteten in großer Freiheit eine Fülle von Einzelheiten. Das war auch dann der Fall, als sich „Zuptagate“ die SARS quasi einverleibte. Einmal mehr triumphierte die Freiheit der Medien.

Diese Häufung schwerer Korruptionsskandale führte bereits Anfang 2018 zum Sturz des Staatspräsidenten Zuma und zu seiner Ablösung durch den Ende 2017 als Nachfolger Zumas zum Vorsitzenden des ANC gewählten Cyril Ramaphosa. Vor seinem Sturz hatte sich Zuma zuvor lange Jahre dadurch behauptet, indem er die Spitzen der Generalstaatsanwaltschaft, der Hawks, einer Sondereinheit der Polizei zur Bekämpfung von schwerer Korruption, und des Geheimdienstes u.a. mit Personen seines (kriminellen) Vertrauens besetzte.

Mit Hilfe des stillen Putsches wurden Verfassungs- und Schattenstaat verknüpft, mit dem Ziel, demokratische Institutionen zu persönlicher Bereicherung zu missbrauchen. Schwierigkeiten bei der Verdrängung der integren und wegen ihrer Kompetenz auch international anerkannten Finanzminister Pravin Gordhan und später Nhlanhla Nene ließen Zuma und seine Helfershelfer einen anderen Weg einschlagen: Die Zuständigkeit für den

²⁰³ Siehe u.a. Ulrich van der Heyden: Spiel mit dem Rassismus, Süddeutsche Zeitung 28. Juli 2016.

²⁰⁴ Zu „Zuptagate“ gibt es inzwischen eine Fülle von Publikationen. Aus Deutschland vor allen anderen: Gottfried Wellmer: Beiträge in Afrika Süd Januar/Februar 2017, Juli/August 2017 und September/Oktober 2017. Ferner Tobias Zick: Haarsträubender Niedergang, in: Süddeutsche Zeitung 4. November 2016. Aus Südafrika insbesondere Mark Swilling et al. (Hg.): Betrayal of the Promise. How South Africa is being stolen. State Capacity Research Project, Stellenbosch, May 2017, und Jacques Pauw: The President's Keepers. Those Keeping Zuma in Power and out of Prison, Kapstadt 2017.

Regierungsentwurf für das kommende Haushaltsjahr und die Vorarbeiten für die folgenden Haushaltspläne wurden dem Ressort des Finanzministers entzogen und dem Verantwortungsbereich des Staatspräsidenten zugeschlagen.

Über die Fachminister, die sie in der Hand hatten, gelang es den Familien Zuma und Gupta, ihre gleichfalls korrupten Gefolgsleute in allen Führungspositionen der ca. 300 staatseigenen Unternehmen zu platzieren. So war z.B. sichergestellt, dass nur solche in- und ausländischen Gesellschaften Lieferverträge erhielten, die regelmäßig horrend hohe Schmiergelder an „Zuptagate“ zahlten. Selbst international renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwaltsfirmen, Wirtschaftsberater und Banken waren bereit, solche Geldtransfers zu vertuschen. So wurden staatseigene Unternehmen zu „vehicles for looting“.

Der frühere Finanzminister Gordhan schätzt, dass so 100 Mrd. Rand (über 7,5 Mrd. USD)²⁰⁵ oder ein noch höherer Betrag dem Staat gestohlen wurden. Andere Quellen berichten von noch weit höheren Schadenssummen. Es ist nicht anzunehmen, dass es jemals möglich sein wird, diese Straftatbestände straf- und zivilrechtlich zu ahnden.

Kein anderes Land ist Südafrika seit 1994 so eng und vielfältig verbunden wie die Volksrepublik China. So war nicht nur erstaunlich, dass der Botschafter Pekings, Lin Songtian, im Sommer 2019 in einem Interview verkündete, seine Regierung werde künftig sehr vorsichtig sein, bankrotten Unternehmen wie etwa dem staatlichen Energiekonzern Eskom, weitere Kredite einzuräumen.²⁰⁶ Ferner riet er der Regierung Ramaphosa, sich stattdessen mit dem IWF ins Benehmen zu setzen. Für die ANC/SACP/Cosatu-Allianz ist die eine schlicht unerträgliche Zumutung.

Gut möglich ist, dass sich Pretoria zur Füllung der nicht erst in der Ära Zuma geplünderten Kassen an die staatlichen Pensionsfonds halten wird, statt dem Rat des Botschafters zu folgen. Denn hier liegt vor allem „weißes“ Geld. In derselben Richtung weist der Mitte 2019 von Ramaphosa verkündete Plan, das bisher weitgehend ordentlich funktionierende Gesundheitssystem zu einer National Health Insurance umzuformen, d.h. zu verstaatlichen.

7. Die Wahl von Cyril Ramaphosa

Im Dezember 2017 kamen in Johannesburg über 5.000 Delegierte zum 54. Parteitag des seit Mai 1994 zusammen mit der SACP und Cosatu regierenden ANC zusammen. Nach dem Verzicht von Zuma auf eine erneute Kandidatur war der wichtigste Tagesordnungspunkt die Wahl eines neuen Vorsitzenden. Kandidaten waren zum einen der stellvertretende ANC-Präsident und zugleich stellvertretende Staatspräsident Cyril Ramaphosa und zum anderen Nkosazana Dlamini-Zuma („NDZ“), ehemals eine der Ehefrauen von Jacob Zuma (der frühere Staatspräsident ist bekennender Polygamist). Beide Kandidaten hatten zuvor wichtige Partei- und Regierungsämter bekleidet. Nachdem es ihm trotz dessen Unterstützung nicht gelungen war, 1999 die Nachfolge Mandelas an der Spitze des Staates anzutreten, hatte sich Ramaphosa aus der Politik zurückgezogen und war in die Wirtschaft übergewechselt. Dort hatte er abermals großen Erfolg und brachte es in kaum mehr als zwei Jahrzehnten zum

²⁰⁵ www.fin24.com/economy/sa-may-have-lost-r100bn-or-more-to-state-capture-gordhan-20180515

²⁰⁶ www.businesslive.co.za/bd/economy/2019-07-29-ramaphosa-is-last-hope-for-SA ;

siehe weiter: www.politicsweb.co.za/opinion/our-coming-train-crash

vierhundertfachen US-Dollar-Millionär. Dennoch gehörten jetzt in Johannesburg ANC-Delegierte, die auch Mitglieder der SACP sind, und viele wichtige Gewerkschaftler zu seinen Unterstützern. Das hinderte ihn nicht, im Streit mit seiner Rivalin einer ausgeprägt wirtschaftsfreundlichen Politik das Wort zu reden. In Abkehr von der Misswirtschaft und Korruption der Ära Jacob Zuma versprach Ramaphosa „den ANC zu waschen und zu reinigen“.

Nkosazana Dlamini-Zuma stützte sich u.a. auf die mächtigen Frauen- und Jugendlichen des ANC und redete einer „radikalen Transformation der Wirtschaft“ das Wort. Ein weiteres Versprechen war, das „weiße Monopolkapital zu bekämpfen“. Schließlich forderte sie in Abkehr von der geltenden Verfassung die entschädigungslose Enteignung von „weißem“ Grund und Boden im ländlichen Raum. Dlamini-Zuma und der starke Flügel ihrer Anhänger vertraten ein Programm, dass sich kaum von dem Zerstörungswerk des Diktators Robert Mugabe im benachbarten Simbabwe unterschied. Es sollte sich von selbst verstehen, dass die EFF die Vorstellung dieses Flügels im ANC später lautstark unterstützte. Der Ende 2017 noch amtierende Staatspräsident Jacob Zuma unterstützte die Kandidatur seiner früheren Ehefrau offenbar auch deshalb, um nicht nach dem absehbaren Ausscheiden aus dem Amt des Staatspräsidenten wegen Hunderter Vermögens- und anderer Straftatbestände vor Gericht gestellt zu werden.

Aus einer vielleicht korrekten Wahl ging Ramaphosa mit ca. 52% der Delegiertenstimmen als Sieger hervor. Wie knapp seine Mehrheit war, zeigte sich dann abermals bei der Wahl der übrigen Mitglieder des Führungsorgans der Partei, des National Executive Committee (NEC) und von dessen sechsköpfiger Spitze („top six“). Anhänger von Dlamini-Zuma eroberten fast 50% der Sitze im NEC. Und unter den top six sind jeweils drei Anhänger beider Lager, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden David Mabuza sowie Ace Magashule sogar erbitterte Gegner Ramaphosas. Magashule wurde anschließend sogar zum Generalsekretär des ANC gewählt.

Bemerkenswert war, dass sich das Zuma-/Dlamini-Zuma-Lager in der Folgezeit zumindest zunächst in seinen weitgehenden Machtverlust fügte, also selbst in seiner Hochburg KwaZulu-Natal nicht aufbegehrte. Das kann sich, ausgehend vom Elend vor allem in den schwarzen townships, jederzeit ändern. Nicht undenkbar ist, dass mit einer Abspaltung von KwaZulu/Natal das Zerbrechen des heutigen Südafrika seinen blutigen Anfang nimmt.

Es war dann nur noch eine Formsache, dass Jacob Zuma im Februar 2018 vom Amt des Staatspräsidenten zurücktrat und Ramaphosa im Parlament zu dessen Nachfolger gewählt wurde. Schon die Zusammensetzung seines ersten Kabinetts machte deutlich, wie stark der Zuma-Flügel in der Führung des ANC nach wie vor ist und welche Fesseln Ramaphosa damit angelegt sind. So sah er sich gezwungen, David Mabuza zum stellvertretenden Staatspräsidenten zu ernennen. Ferner betraute er Malusi Gigaba, eine Schlüsselfigur von „Zuptagate“, Dlamini-Zuma und etliche ihrer Sympathisanten mit wichtigen Ressorts. Auf der anderen Seite gelang es ihm, auch erbitterte Gegner von „Zuptagate“ mit Schlüsselministerien zu betrauen. Zu nennen sind vor allem Finanzminister Nhlanhla Nene, der sein früheres Ressort wieder erhielt, Pravin Gordhan, dem Ramaphosa die Leitung des Ministeriums für staatseigene Unternehmen und damit die politische Verantwortung für die Rückabwicklung von Kernbereichen von „Zuptagate“ übertrug.

Bereits in seiner ersten „Ansprache zur Lage der Nation“ musste Ramaphosa die zuvor erwähnten Fesseln erkennen lassen. So sprach er von der Möglichkeit, die Mitte der 1990er Jahre verabschiedete demokratische Verfassung seines Landes dahingehend zu ändern, dass

künftig weiße Farmen entschädigungslos verstaatlich werden können – bereits eine permanente Forderung der EEF. Die Verstaatlichung von Land verband Ramaphosa freilich mit den Einschränkungen, dass dadurch weder die Gesamtwirtschaft beeinträchtigt noch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beeinträchtigt werden. Das Kapstädter Parlament beauftragte daraufhin ein Constitutional Review Committee (CRC), mittels landesweiter, teils öffentlicher Anhörungen die Sicht der Bevölkerung zu dieser Frage zu erkunden.²⁰⁷ Unter den Gegnern einer Landenteignung ist die Sorge verbreitet, dass sie sich im Lauf der Zeit nicht nur auf weiße Großfarmen beschränken, sondern, wie in Simbabwe, auf alles weiße Eigentum in privater Hand erstrecken wird.

Schon die Möglichkeit einer solchen Änderung der Verfassung führte in allen Sektoren der modernen Volkswirtschaft Südafrikas zu großer Verunsicherung, ja blankem Entsetzen, vom Ausland ganz zu schweigen.

Der zu erwartende Widerstand der einheimischen und ausländischen Wirtschaft gegen eine solche Neuorientierung der Politik mag erklären, dass die Ergebnisse und Empfehlungen des CRC nicht, wie ursprünglich geplant, Ende August 2018 vorgelegt werden konnten. Das geschah erst Ende 2018. Die Empfehlungen waren eher vage, ließen jedoch eine Präferenz für eine Verfassungsänderung erkennen. In die gleiche Richtung tendiert eine anschließend eingesetzte Expertenkommission. So wird heute weniger über das Ob als über das Wie und Wann einer Landenteignung debattiert. Daher ist die provokante Frage „Wankt Südafrika aus der Krise?“ von Robert Kappel, mit der er eine seiner jüngeren Publikationen²⁰⁸ überschrieb, derzeit mit einem deutlichen Nein zu beantworten.

²⁰⁷ Siehe vor allem Anthea Jeffery: *Empowering the State/Impoverishing the People*, (IRR) Johannesburg, June 2018.

²⁰⁸ *afrika süd* 2/2018, S. 42-43.